

DER PLATOW Brief

PLATOW Prognose 2020
Jetzt bestellen unter [www.platow.de!](http://www.platow.de)

EXKLUSIV-RECHERCHEN AUS DEN TOP-ETAGEN

Nr. 142 | Montag, 9. Dezember 2019

HIGHLIGHTS HEUTE

- Autos** – Premiumhersteller doch noch zufrieden _____ 2
Fraport – Klimaziele nicht ohne Stütze aus Berlin _____ 3
Banken – Das große Sterben geht weiter _____ 4
EZB – Lagardes gefährlicher „Green New Deal“ _____ 4

TOP-THEMA

SPD – Aufbruch ins Nirgendwo

GIFFEY BLEIBT IN DECKUNG — Nach vorne und in eine neue Zeit führen will die neue Führungsspitze mit **Saskia Esken** und **Norbert Walter-Borjans** die SPD. Bei Wahlen soll die schwer angeschlagene Partei künftig wieder 30% der Stimmen holen, lautet die ehrgeizige Zielvorgabe. Doch echte Aufbruchstimmung wollte beim SPD-Parteitag in Berlin nicht so recht entstehen. Zu tief sitzt bei den GroKo-Anhängern um die SPD-Ministerriege und die um ihre Mandate besorgte Bundestagstagsfraktion der Schock über die Niederlage von Vizekanzler **Olaf Scholz** beim Mitgliedervotum. Daran ändern auch die für SPD-Verhältnisse starken Abstimmungsergebnisse für die neuen Parteichefs Esken (75,9%) und Walter-Borjans (89,2%) wenig, die nur mühsam die tiefe Spaltung der Partei übertünchen können.

Flehentlich beschworen die Minister, die bei einem GroKo-Aus ihre Ämter räumen müssten, die Delegierten, nicht aus der Regierungsverantwortung zu fliehen. Viel Improvisationsarbeit musste die Parteitage regie leisten. Der offensichtlich Scholz auf den Leib geschneiderte Leitantrag musste noch am Vortag des Parteikonvents mehrfach für das neue Führungsduo umgeschrieben werden, um GroKo-Gegner und -Befürworter ins Boot zu holen. Entsprechend changierten denn auch die Parteitage reden von Esken und Walter-Borjans zwischen GroKo-Frust und Durchhalteparolen. Sehr zur Enttäuschung vieler ihrer Anhänger, die sich von der neuen Parteispitze eine klare Ansage zum Ausstieg aus dem ungeliebten Bündnis mit der Union gewünscht hätten.

Um den Eklat einer drohenden Kampfkandidatur zwischen Arbeitsminister **Hubertus Heil** und Juso-Chef **Kevin Kühnert** um den Posten des Vize-Parteichefs zu vermeiden, entschied sich die Parteiführung zu einem typisch sozialdemokratischen Kompromiss. Kurzerhand wurde die Zahl der Stellvertreter-Posten von drei auf fünf vergrößert. Damit schredderte die SPD ganz nebenbei das Kernstück der Parteireform von Generalsekretär **Lars Klingbeil**, der sich für eine Halbierung der Vize-Posten von sechs auf drei stark gemacht hatte. Nicht auf

einen Vize-Posten drängte indes die heimliche Hoffnungsträgerin der SPD, Familienministerin **Franziska Giffey**. ■

DekaBank – Was hinter den Gegenstimmen steckt

SCHNEIDER SOLL ES NICHT GEWESEN SEIN — Extra weich formuliert hatte die Verwaltungsratsregie den Prüfauftrag an den Vorstand der **DekaBank** für eine „vertiefte Zusammenarbeit“ mit der **Helaba**. Damit auch die Kritiker des Projekts wie Baden-Württembergs Sparkassen-Präsident **Peter Schneider** dem Prüfauftrag ohne allzu große Bauchschmerzen zustimmen können, wurde bewusst auf das Reizwort „Fusion“ in der Beschlussvorlage verzichtet. Umso erstaunlicher, dass es bei der Abstimmung trotzdem ein paar wenige Gegenstimmen gab. Die sollen aber nicht aus dem Lager der Fusions-skeptiker um Schneider gekommen sein. Vielmehr sollen sich einige Verwaltungsräte daran gestoßen haben, dass aus der Beschlussvorlage nicht hervorgeht, wie die Prüfung einer vertieften Zusammenarbeit konkret strukturiert und das Projekt dann von den Vorständen beider Häuser abgearbeitet werden soll. Die, wie es heißt, gute und sehr ernsthafte Diskussion darüber war denn auch der Grund, dass sich die Entscheidung unerwartet lang hingezogen hat.

DSGV-Präsident und Deka-Verwaltungsratschef **Helmut Schleweis** soll nach der Sitzung dennoch bestens gelaunt gewesen sein. Mit dem Beschluss ist Schleweis seinem Ziel, ein einheitliches Sparkassen-Zentralinstitut zu schaffen, einen weiteren Schritt nähergekommen. Zur guten Stimmung des DSGV-Chefs dürfte auch beigetragen haben, dass fast zeitgleich zur Deka-Verwaltungsratssitzung die **EU-Kommission** endlich grünes Licht für die 3,6 Mrd. Euro schwere Kapital-spritze zur Rettung der **Nord/LB** gegeben hat. Der nächste Schritt auf dem Weg zu einer engeren Verzahnung von Deka-Bank und Helaba steht bereits am 13.12. an. Dann stimmt der Helaba-Verwaltungsrat über den Prüfauftrag ab. Dort sollte das Votum aber einstimmig ausfallen. ■

Saudi Aramcos IPO wird für einige Ölpreis-Krimis sorgen

GROSSE GRÄBEN INNERHALB DER OPEC — Die nächsten Jahre dürfte es am Ölhahn immer öfter haken. Grund ist der bevorstehende Börsengang von **Saudi Aramco**, der größten Erdölfördergesellschaft. Auch deshalb steht das Öl-Kartell **Opec** unter Druck. Mit der jetzt beim Treffen in Wien ver- ▶

schärften Produktionsbremse hat die Opec unter dem Kommando Saudi-Arabiens Vorarbeit geleistet, um ausgerechnet vor dem Börsengang einen Ölpreisturz zu vermeiden. Das sieht auch **Thomas Benedix** so. „Die Bremse beim Angebot soll dafür sorgen, dass das IPO erfolgreich verläuft“, so der Rohstoffexperte der Fondsgesellschaft **Union Investment**. Erreicht ist dies, wenn die Nachfrage zum nun festgelegten Ausgabepreis am oberen Ende der Bookbuilding-Spanne hoch ist und der Kurs in den nächsten Wochen möglichst stabil bleibt oder ansteigt. Daher dürfte der Ölpreis (Brent) – trotz konjunkturell und saisonal bedingt schwacher Nachfrage – nicht unter 60 US-Dollar pro Barrel fallen. Aramco hat einen Rekordwert von umgerechnet 23,1 Mrd. Euro bei Investoren eingesammelt. Die drei Milliarden Aktien sollen an der Börse in Riad zum Preis von je 7,70 Euro gehandelt werden.

Das Machtwort der Saudis zur Drosselung der Fördermengen erscheint aber auch aus einem anderen Grund nötig. Schon seit Anfang dieses Jahres ist die aktuelle Vereinbarung zur Begrenzung der Fördermenge in Kraft. Diese gilt auch für Russland, das die Fraktion von Ölförderstaaten anführt, die nicht der Opec angehören. Doch Russland hat sich in diesem Jahr nur selten an die Abmachung gehalten. Die Rohölgewinnung ist dort am Anschlag, denn der Staat braucht das Geld aus dem Geschäft mit dem Rohstoff dringend (Stichwort Sanktionen). Auch andere Länder wie Brasilien und Norwegen wollen die Ölförderung ausbauen. All dies erschwert künftige Ölpreisprognosen.

Langfristig ist die Strategie der Produktionskürzungen, so Rohstoffexperte Benedix, nur schwer durchzuhalten. Es hätten sich bereits große Gräben innerhalb der Opec aufgetan, und mit dem US-Schieferöl-Produzenten sind neue, stark wachsende Wettbewerber im Markt. Opec und hier vor allem Saudi-Arabien könnten dadurch weitere Marktanteile verlieren. Somit dürfte Saudi-Arabien nach dem IPO niedrigere Ölpreise akzeptieren. „Dies wäre aus umweltpolitischer Sicht sogar gut“, sagt uns Benedix. Denn Ölförderungen im Persischen Golf seien bei Weitem billiger und CO₂-ärmer als alternative Methoden wie Schieferöl und Ölsande. ■

Private Krankenversicherung fordert modernes Vergütungssystem

GROSSE ANGST VOR PLÄNEN DER SPD — Auf eine strikte Trennung von Einheitlichem Bewertungsmaßstab (EBM) und der Gebührenordnung der Ärzte (GOÄ) pocht die private Krankenversicherung (PKV). Das hat der **Verband der privaten Krankenversicherung** jetzt auf einer Tagung mit Ärzten in München noch einmal bekräftigt. Zu groß ist offenbar noch immer die Gefahr, dass eine einheitliche Gebührenordnung für die gesetzliche und private KV als Schritt in Richtung Bürgerversicherung eine Bedingung der SPD für den Verbleib in der Koalition sein könnte. So war denn auch eine der dringlichsten Fragen in München die nach dem Termin für eine neue GOÄ. Sie regelt die Abrechnung der Leistungen außerhalb der ver-

tragsärztlichen Versorgung in Deutschland. Hoffnung macht der Präsident der **Bundesärztekammer**. „Unser gemeinsam mit PKV und Beihilfe erstelltes Konzept ist auf der Zielgeraden“, so **Klaus Reinhardt**. Es ermögliche Hochleistungsmedizin und fördere die persönliche Zuwendung von Ärzten zu ihren Patienten. „Wenn das auch im Bereich der gesetzlichen KV gelingt, brauchen wir keine Diskussion mehr über Einheits-Gebührenordnungen zu führen“, so Reinhardt weiter.

Auch PKV-Verbandsdirektor **Florian Reuther** betonte, dass eine einheitliche Gebührenordnung keine Versorgungsprobleme lösen könne, dafür aber den Weg in eine gefürchtete Bürgerversicherung ebnen würde. Die Teilnehmer zeigten sich auf der Fachtagung davon überzeugt, dass eine ungleiche Verteilung von Privatversicherten auf Stadt und Land anders als vielfach vermutet nicht verantwortlich für den anwachsenden Ärztemangel in manchen Regionen sei. Der Verband hatte in einem Impulsvortrag dargelegt, dass der Mehrumsatz mit Privatpatienten nicht nur in Metropolen wie München, sondern gerade auch in ländlichen Regionen existenziell für den Erhalt ärztlicher Praxen ist. ■

Versöhnlicher Jahresausklang bei den Premiumherstellern

SOGAR AUDI SCHAFFT DIE ABSATZWENDE — 2019 könnte nach vielen Turbulenzen in der deutschen Automobilindustrie bei den Premiumherstellern doch noch ein versöhnliches Ende nehmen. Ungeachtet des flauen chinesischen Marktes konnten **Mercedes-Benz**, **BMW** und **Audi** im November weltweit mehr Autos absetzen als im Vorjahr. Damit konnte am Nikolaustag jetzt auch die **VW-Tochter** die Wende verkünden.

Erstmals in diesem Jahr verkauften die Ingolstädter auf Jahresbasis mit knapp 1,7 Mio. Autos mehr Pkws als 2018. Aus dem bisherigen Minus wird dank des starken Novembers (163 350 ausgelieferte Audis; +23,1%) unterm Strich ein leichtes Plus von 0,7%. Ein kleines Nikolaus-Präsent also für den scheidenden Audi-Chef **Bram Schot**, der im April von BMW-Manager **Markus Duesmann** abgelöst wird. Während die Verkäufe in Europa (+33%) von einer schwachen Vj.-Basis begünstigt wurden, schüren die anziehenden Absätze in den USA (+17,3%) und China (+16,8%) Aufbruchstimmung.

Von diesen Märkten kann in Stuttgart auch Rivale **Daimler** profitieren. Im Premiumsegment Mercedes-Benz hielt der Nikolaus nämlich auch für **Ola Källenius** eine Überraschung bereit: Erstmals verkaufte Daimler hier über 200 000 (genau: 209 058; +5,3%) Mercedes-Autos in einem November. Kräftig Schub gaben Verkäufe in den USA (+8,7%) und der Volksrepublik (+11%) sowie in der Heimat (+5,8%). Wermutstropfen bleibt für den CEO aber die Kleinwagensparte **Smart**. 14,4% weniger verkaufte Flitzer trüben das Gesamtbild. Per Ende November kann Daimler mit 0,8 (nur Mercedes: +1,4)% das im September erreichte Absatz-Plus aber halten.

Auch BMW-Lenker **Oliver Zipse**, der dritte im Premium-Bunde, hat mit Schwächen des kleinen **Minis** (-6,8%) zu kämpfen. Gut,

dass die Lust auf große Stadtgeländewagen die Kernmarke BMW (Nov.: 194 690 Pkws; +2,9%) weiter kräftig antreibt. Die Gesamtrechnung BMW/Mini stimmt damit auch in München: Steigende Verkäufe in den USA (+7,6%) können die Flaute in Deutschland und Europa (-2,9 bzw. -5,9%) wettmachen. Mit der guten Nachfrage aus China (+12,1%) steuert die Konzerngruppe nach elf Monaten denn auch auf eine neue Bestmarke im GJ. zu. Mit Mini und **Rolls Royce** steht zu Nikolaus bislang ein Absatzplus von 1,7 (BMW-Kernmarke: +2,4)%. ■

Gerry Weber – Von der Familienbürde zum Investoren-Wagnis

JP MORGEN NEU AN BORD — Seit dem unfreiwilligen Ausstieg von Familie **Weber** trägt das Modehaus **Gerry Weber** nur noch den Namen der westfälischen Unternehmerikone. Hinter der Fassade ziehen längst die Finanzinvestoren die Strippen. Zu den britisch-amerikanischen Neubesitzern **Robus** und **Whitebox**, die Gründer **Gerhard Weber** im November entschädigungslos aus dem Konzern drängten, ist nun auch US-Investor **JP Morgan Securities** beim kriselnden Bekleider an Bord.

200 000 der ausgegebenen neuen Gerry Weber-Aktien hat sich dieser im Zuge einer Kapitalerhöhung gesichert. Im Kreis der Investoren ist JP Morgan damit zwar der kleinste, da **Robus** und **Whitebox** weiter über 80% der Anteile halten. Die Zukunftsperspektiven des Unternehmen verbessert der Einstieg aber dennoch. Denn so unrühmlich die Ära Weber auch endete, die etlichen Versuchen, sowohl von Weber Senior als auch des Juniors **Ralf**, haben gezeigt, dass die unter den Marktumbrüchen leidende Gerry Weber einen Neuanfang braucht. Und den soll sie auch bekommen. So lässt es zumindest das Management in Halle verlauten.

Noch in diesem Jahr soll die Sanierung in Eigenregie abgeschlossen werden. Und auch Sachwalter **Stefan Mayer** schürt Hoffnung, dass die Kernstrukturen des Modekonzerns, der noch über 3 600 Mitarbeiter zählt, erhalten bleiben. Ansonsten soll es unter den neuen Eignern und dem neu besetzten Aufsichtsrat aber schlanker in den Strukturen und moderner im Management von CEO **Johannes Ehling** weitergehen. ■

Roche – Familienclan sichert Eigentümernachfolge ab

AKTIONÄRSPPOOL ALS KONTROLLINSTRUMENT — Auch wenn operativ oft externe Top-Manager das Sagen haben, achten Gründerfamilien doch mit Sorgfalt darauf, den Einfluss auf ihr Unternehmen nicht zu verlieren. AR-Posten und Mehrheitsanteile gelten da als Mittel der Wahl. Für eine stabile Nachfolge in Familienhand hat nun auch der Pharmariese **Roche** die nötigen Weichen gestellt. Die Schweizer erweitern den familiären Aktionärspool um Erben des Gründers **Fritz Hoffmann-La Roche** aus der mittlerweile fünften Generation. Gleich sieben Nachkommen aus der jungen Generation (zwischen 20 und 30

Jahre alt) holt die Gründerfamilie in die Aktionärsriege, um die Eigenständigkeit des Konzerns zu sichern. Da nur die Inhaberaktien stimmberechtigt sind, kontrollieren die Erben rd. 45% der Stimmen. Ein friedvolles Miteinander gelingt Roche, da die Generationen alle ähnlich viele Mitglieder haben. Rivalitäten und unterschiedliche Interessen werden durch den ausbalancierten Aktionärspool geglättet. Insgesamt 15 Mitglieder haben ihre Aktien in dem Familienpool zusammengefasst.

Roche ist selbst in der Branche kein „Einzelkind“. Auch die **Merck**-Familie sorgt dafür, dass der Pharmakonzern in Familienhand bleibt, und zwar über die mercktypische Rechtsform KGaA. Die Kommanditgesellschaft kombiniert Elemente aus Personen- und Aktiengesellschaft. 30% der Merck-Aktien werden öffentlich gehandelt. Der Rest wird von der Familie durch den persönlich haftenden Gesellschafter gehalten. ■

Fraport – Frankfurt nimmt Klimaverantwortung ernst

CEO SCHULTE WILL MEHR POLITISCHES BACKING — Die Luftfahrtindustrie steht vor großen Herausforderungen, wenn sie im Gleichschritt mit der Klimadebatte marschieren soll. Doch bei aller gesellschaftlicher Sensibilität für Nachhaltigkeitsthemen, die (noch) klimafreundliche Luftfahrt wächst immer weiter, erklärte **Fraport**-Chef **Stefan Schulte** in Frankfurt vor Journalisten. Höchstens bei Inlandsflügen, die am Heimathub Frankfurt kaum 10% ausmachen, ließe sich eine kleine Veränderung an den Buchungszahlen ablesen. Auch wenn sich die Branche 2020 mit starker Konsolidierung, rauem Wettbewerb und steigenden Kosten eine Atempause gönnt und angenehm wenig wachsen wird ist eines klar: Mittelfristig wird der Flugverkehr wieder Fahrt aufnehmen und weiter stark zunehmen.

Das heißt also, zu versuchen, woanders klimafreundlicher zu werden. Schulte sieht den größten deutschen Airport gut im Rennen. Mehr als 30% an CO₂-Emission (von 280 000 t auf 188 000 t) hätte der Knotenpunkt Frankfurt bereits reduziert. Um Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es aber politischer Unterstützung. Lobenswert seien zwar die Gespräche zwischen Industrie und Bundesregierung über die Einführung synthetischer Treibstoffe, betont Schulte. Diese seien jedoch teurer als Kerosin und erfordern enorme Investitionen. Daher sei ein Schulterschluss auch auf EU-Ebene wichtig.

Ohnehin wünscht sich Schulte mehr politischen Rückenwind, vor allem aus Berlin. Insbesondere beim leidigen Thema der schleppenden Sicherheitskontrollen, die zu Stoßzeiten Engpässe und Wartezeiten verursachen, ist dem Manager der Bund zu kleinkariert. Anstatt die in München hinreichend getestete und international vielerorts längst etablierte CT-Technologie zuzulassen (die ein Auspacken der Gepäckstücke unnötig macht), verlangt das Bundesinnenministerium weitere Tests. Denn im Freistaat Bayern ist die Landes- und nicht wie sonst in Deutschland die Bundespolizei für die Sicherheitskontrollen an Flughäfen zuständig. Das sei unnötig genug, kritisiert Schulte ▶

und schießt hinterher, dass weitere Tests am kleinen Flughafen Köln wenig sinnig seien. Wenn, dann sollte so eine Technik an Standorten mit echter Auslastung und starkem Verkehr geprüft werden; an Hubs wie Frankfurt eben. ■

BANKEN

DAS GROSSE STERBEN — **Felix Hufeld** macht sich große Sorgen um die Banken in Deutschland, die ihre Geschäftsmodelle noch immer nicht entschieden genug dem Niedrigzinsumfeld angepasst hätten. 70% der Erträge stammten aus dem Zinsgeschäft, was mit dramatischem Ertragsverfall einhergehe. US-Häuser holten dagegen mehr als 60% ihrer Erträge aus Gebühren. Die Flucht in immer größere Kreditvolumina erhöhe nur das Zinsänderungsrisiko und sei keine Lösung. Der nach der Finanzkrise aufgebaute neue Regulierungsrahmen in Europa müsse bleiben, allenfalls unter Wahrung von mehr Proportionalität, führte der **BaFin**-Chef auf dem 34. ZinsFORUM in Frankfurt aus. Der deutsche Bankenmarkt sei der mit Abstand fragmentierteste in Europa. Die Grenznachbarn würden sicher keine Sonderbehandlung deutscher Häuser akzeptieren. Jährlich scheiden 40 bis 60 Institute aus dem Markt aus. Diese Zahl könne sogar auf 50 bis 80 hochgehen. In zehn Jahren, so Hufeld, würden von den derzeit noch knapp 1 500 Banken nur noch deutlich unter 1 000 bestehen. Sein Job sei es, sicherzustellen, dass dieser Prozess störungsfrei über die Bühne geht. Hufelds Appell: „Kommen Sie aus der Berghütte und marschieren Sie mit voller Kraft los, auch wenn es schmerzt.“

GREEN NEW DEAL

LAGARDE UND DIE POLITIK — Kernziel der **EZB** ist mittelfristige Preisstabilität „unter, aber nahe 2%“. Diese Strategie soll unter **Christine Lagarde** überprüft werden. Das unter **Mario Draghi** stoische Festhalten an dieser Marke, die in einer arbeitsteiligen Internet-Ökonomie mit Preistransparenz und flexiblen Arbeitsmärkten nur verfehlt werden konnte, diene der EZB lange als Feigenblatt für ihre ultra-lockere Geldpolitik. Diese „Modell-Gläubigkeit“, mit der die strukturelle Disinflation quasi instrumentalisiert wurde, kritisierte **Jürgen Stark**, selbst von 2006 bis 2012 Chefvolkswirt und Mitglied des EZB-Direktoriums, beim ZinsFORUM in Frankfurt. Mit dem „Green New Deal“ unter Lagarde und ihrem geldpolitischen Vordenker, dem Iren **Philip R. Lane**, neuer EZB-Chefvolkswirt, werde die Politisierung der EZB zunehmen, befürchtet Stark.

Er sieht wie andere Experten auch große Gefahren, wenn sich die EZB abhängig macht vom ökologischen Wandel. Im Extremfall könnte der Green New Deal zu einem weiteren Einfallstor für eine lockere Geldpolitik werden, wenn einzelne Länder der EZB ihren Willen aufzwingen. Die fortschreitende Politisierung der EZB unter Lagarde verwundert indes nicht. Lagarde, die frühere **IWF**-Chefin, wäre wohl viel lieber Präsidentin der **EU**-Kommission geworden, was aus vielerlei Gründen nicht ging. Sie kann ihre Ambitionen nun im engen Schulterschluss mit **Ursula von der Leyen** ausleben, die ebenfalls auf Grün setzt. Dass die EZB-Politik grüner werden soll, hatte Lagarde, noch ganz ihrer früheren Rolle beim IWF verhaftet, vor dem EU-Parlament angekündigt. Ohne Gesichtsverlust sei da nicht mehr rauszukommen, befürchtet Stark.

ZU GUTER LETZT

vdp – Europäisches Fannie Mae ist „Humbug“

Das Unbehagen steht **vdp**-Präsident **Louis Hagen** regelrecht ins Gesicht geschrieben. Mit den Forderungen aus der Bankenbranche, nach einem staatlich gesponserten europäischen Hypothekenfinanzierer nach dem US-Vorbild von **Fannie Mae** und **Freddie Mac** kann sich der oberste Repräsentant der deutschen Pfandbriefbanken so gar nicht anfreunden. Das sei „Humbug“, entfährt es Hagen beim traditionellen Kaminesgespräch des vdp in Frankfurt. Um den Wettbewerbsnachteil der europäischen Institute gegenüber ihren US-Wettbewerbern bei der Eigenkapitalunterlegung von Immobilienkrediten zu beseitigen, sollten sich die Banken lieber für regulatorische Erleichterungen stark machen, empfiehlt der Vorstandschef der **Münchener Hypothekbank**. Die Schaffung europäischer Fannie Maes oder Freddie Macs mit impliziten Staatsgarantien zur Entlastung von Bankbilanzen sei dem Steuerzahler kaum zu vermitteln, warnt Hagen. Während europäische Banken ihre Immobilienkredite auf der eigenen Bilanz halten und diese mit Eigenkapital unterlegen müssen, können US-Institute ihre Immobilienfinanzierungen eigenkapitalschonend bei den halbstaatlichen Hypothekeninstituten Fannie Mae und Freddie Mac abladen.

„Für Maßnahmen bei einem exogenen Schock sind wir gerüstet. Die Pläne liegen in der Schublade.“

PHILIPP STEINBERG (BMW) ZUM STREIT UM DIE SCHWARZE NULL

Eine erfolgreiche Woche wünscht Ihnen
Das PLATOW Team



ANMELDUNG PER

FAX: 069 236909

E-Mail: marketing@platow.de



www.platow.de

Antwort

PLATOW Verlag GmbH
Stuttgarter Straße 25
60329 Frankfurt

Veranstaltungen PLATOWFORUM 2020



JA, ICH NEHME TEIL AM:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> 1. PLATOW BörsenFORUM
Mittwoch, 22. April 2020, 9.00 Uhr
IntercityHotel, Frankfurt am Main
KOSTENLOS!* | <input type="checkbox"/> 15. PLATOW InvestorenFORUM
Mittwoch, 29. April 2020, 9.00 Uhr
Jumeirah, Frankfurt am Main |
| <input type="checkbox"/> 9. PLATOWFORUM Family Office
Mittwoch, 26. August 2020 9.00 Uhr
Falkenstein Grand, Königstein | <input type="checkbox"/> 13. PLATOWFORUM Beteiligungen
Montag, 21. September 2020, 9.00 Uhr
Jumeirah, Frankfurt am Main |
| <input type="checkbox"/> 2. PLATOW UnternehmerFORUM
Mittwoch, 21. Oktober 2020 9.00 Uhr
Jumeirah, Frankfurt am Main | <input type="checkbox"/> 11. PLATOW StiftungsFORUM
Mittwoch, 25. November 2020, 9.00 Uhr
Haus am Dom, Frankfurt am Main |

*Veranstaltung nur für institutionelle Investoren zugänglich, Teilnahme kostenlos.

Dieses Angebot gilt nur für private Teilnehmer. Private Teilnehmer zahlen bei einer **Buchung bis zum 31. März 2020** einen **Sonderpreis von 150,- EUR** (zzgl. der gesetzlichen MwSt.) je Veranstaltung. Für Buchungen von Firmenkunden und nach dem oben genannten Stichtag fällt je Veranstaltungstermin und Teilnehmer die reguläre Gebühr an. Diese liegt je nach Veranstaltungsformat zwischen 750,- und 890,- Euro (zzgl. der gesetzlichen MwSt.). PLATOW-Leser erhalten einen Rabatt von 10% auf die reguläre Gebühr. Darin enthalten sind die Tagungsmappe und elektronische Dokumentation für die Teilnehmer sowie ein Arbeitsessen und Erfrischungen. Bei Stornierungen gelten unsere AGBs unter www.platow.de.

RECHNUNGSANSCHRIFT | KONTAKTDATEN

Abonnent Nicht-Abonnent

Name, Vorname

Kundennummer (*falls zur Hand*)

Firma

E-Mail

Straße, Nr.

Telefon, Fax

PLZ, Ort

 Datum, Unterschrift